



## **40 Jahre Verband Familienarbeit e.V.**

### **40 Jahre Kampf für die finanzielle Anerkennung der elterlichen Erziehungsarbeit**

Am 9. Februar 1979 wurde die „Deutsche Hausfrauen-Gewerkschaft (DHG)“ gegründet, 2001 umbenannt in „Verband der Familienfrauen und -männer“ (vffm) und 2011 in „Verband Familienarbeit“. Anliegen und Ziel war vor allem, die Enteignung der Eltern durch die Rentenreform 1957 und deren Folgen sichtbar zu machen und durch finanzielle Anerkennung der Erziehungsarbeit zu beheben. Seit der Rentenreform 1957 werden die Eltern der wirtschaftlichen Rendite ihrer Investitionen in die Kinder beraubt, da die Renten fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gekoppelt sind. Die Wertschöpfung der Erziehungsarbeit wird völlig ignoriert und eine angemessene Entschädigung für die Erziehenden verweigert. Das musste zu einer fortschreitenden Verarmung von Eltern und Kindern in einer sonst reicher werdenden Gesellschaft führen. In der Folge änderten sich alle familienbezogenen Wertvorstellungen. Auch das Rentensystem selbst, das auf leistungsfähige Familien angewiesen ist, wird immer brüchiger. So kommt zur Familienarmut die Altersarmut hinzu.

Die Politik versucht dieser Entwicklung zu begegnen, indem sie die Eltern immer mehr dazu drängt, die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder staatlich finanzierten Einrichtungen zu überlassen, um möglichst durchgängig und in Vollzeit erwerbstätig sein zu können. Das politisch gewollte Ziel ist die Ganztagsbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr. Diese Bevormundung der Eltern schränkt ihre Wahlfreiheit immer mehr ein, über die Erziehung ihrer Kinder selbst zu entscheiden. Die Eltern werden zeitlich und kräftemäßig überfordert, was sich letztlich zum Nachteil der Kinder auswirkt. Immer mehr Eltern - besonders Mütter - werden krank und immer mehr Kinder leiden unter den Folgen mangelnder Bindung an ihre primären Bezugspersonen.

Obwohl das alles in klarem Gegensatz zu Art. 6 unseres Grundgesetzes steht, der die Familie unter den Schutz der staatlichen Ordnung stellt und den Eltern die Erstverantwortung für die Kindererziehung zuordnet, folgt die gegenwärtige Familienpolitik diesem Irrweg, der schon in der DDR und im übrigen Ostblock gescheitert ist. Er belastet die Gesundheit von Eltern und Kindern und verhindert die Gleichberechtigung der Geschlechter, die nur durch Gleichberechtigung der elterlichen Erziehungsarbeit erreichbar ist.

Leider wird dem Verband Familienarbeit immer wieder unterstellt, er wende sich grundsätzlich gegen die Fremdbetreuung von Kindern. Im Gegenteil fordert er jedoch eine echte Wahlfreiheit für Eltern statt der einseitigen Krippenförderung mit ca. 1000 €/Monat und Kind. Gleichzeitig wird selbst betreuenden Eltern nicht einmal 150 € Betreuungsgeld gegönnt. Eltern müssen das Geld für die Betreuung ihrer Kinder, das ihnen aufgrund der Vergesellschaftung der Altersversorgung für die Erziehungsarbeit zusteht, selbst in die Hand bekommen, um dann frei über dessen Verwendung zu entscheiden, Während Krippenbetreuung von der Regierung als „frühkindliche Bildung“ verkauft wird, warnen Psychologen und Ärzte vor den Risiken.

Die Jubiläumsveranstaltung am 9.2. in Stuttgart endete mit einem Appell der Teilnehmer/innen an alle Eltern, den Verband durch ihre Mitgliedschaft zu stärken, um künftig noch wirksamer für die Gleichberechtigung der Eltern und ihrer Erziehungsarbeit eintreten zu können. Auch die selbst erziehenden Eltern müssen bereit sein, für ihre Rechte zu kämpfen, wie das für jede andere Berufsgruppe



ebenfalls gilt.

*Pressestelle Verband Familienarbeit e.V.*

*12. Februar 2019*